

Presseerklärung

Der Ausschuß "Umwelt und Gesundheit"

des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbandes München

hat sich auf seiner heutigen Sitzung erneut über den geplanten Bau eines neuen Forschungsreaktors (FRM-2) in Garching informiert und die damit verbundenen Probleme aus medizinischer Sicht diskutiert.

Autorisiert durch die Delegiertenversammlung des ÄKBV München am 2.12.1993 gibt der Ausschuß folgende Stellungnahme ab:

1. Radioaktivität ist ein lebensfeindlicher Faktor. Jede Vermehrung des radioaktiven Inventars unseres Lebensraumes führt zwangsläufig zu einer Zunahme von Erbschäden, Krebskrankheiten und Störungen des Immunsystems. Durch militärische und zivile Nutzung der Atomenergie (Atombombenversuche und Reaktoren für Forschung und Stromerzeugung) wurde die Welt bereits derartig mit langlebiger Radioaktivität verseucht, daß sich im Interesse des Überlebens der Menschheit jede weitere Vermehrung verbietet. Zudem ist weltweit das Problem der Entsorgung des Atommülls ungelöst. Jeder neue Reaktor und jede weitere Betriebsstunde der vorhandenen Reaktoren vergrößert das Problem.
2. Im Vergleich zu Atomkraftwerken, z.B. Isar I und II in Ohu bei Landshut, wäre FRM-2 zwar ein Zwerg; die langlebige Radioaktivität, die in ihm erzeugt würde, wäre dennoch erheblich. Im Falle eines nicht beherrschbaren Störfalles (Super-GAU), der niemals mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, wäre der Münchener Norden für Jahrzehnte - zumindestens für Kinder - unbewohnbar, auch wenn dann die weltweite Verseuchung nur ein Bruchteil der von Tschernobyl betragen würde.
3. Aber auch der Normalbetrieb würde den Münchener Norden mit Radioaktivität belasten. Aufgrund der angestrebten hohen Neutronenflüsse kommt es zur Bildung großer Tritium-Mengen. Die jährlichen Ableitungen von Tritium über die Abluftkamine der vorhandenen Einrichtungen befinden sich jetzt schon in der Größenordnung von Atomkraftwerken. Als schwacher β -Strahler gilt Tritium als relativ harmlos; seine Langzeitwirkung wird in offiziellen Risikoanalysen aber unterschätzt. (Es besteht u.a. ein begründeter Verdacht, daß Tritium-Emissionen aus dem AKW-Krömmel an der Entstehung des Leukämie-Clusters in der Elbmarsch ursächlich beteiligt sind.)
4. Umweltbelastungen dürfen niemals isoliert betrachtet werden. Umweltbedingte Gesundheitsstörungen entstehen in der Regel erst nach langjähriger Einwirkung einer Vielzahl von Schadstoffen, von denen Radioaktivität nur einer von vielen ist. Der Münchner Norden ist bereits jetzt schon belastet aus vielen Quellen: Müllberg in Freimann, Müllverbrennungsanlage in Unterföhring, Garchinger Forschungsinstitute, Autobahnen. Jede weitere Belastung könnte die Abwehrsysteme der Menschen überfordern und latent vorhandene Gesundheitsstörungen manifest werden lassen.

5. Die Kosten für den FRM-2 werden bereits jetzt schon mit mehr als einer halben Milliarde Mark veranschlagt, – finanziert vorwiegend aus dem Etat des Staatsministeriums für Unterricht, Kultus Wissenschaft und Kunst, dessen Mittel bereits heute schon nicht ausreichen, um die Schulen angemessen mit Personal auszustatten. Nahezu zeitgleich mit der ersten Verlautbarung über die Pläne zum Neubau des Garching Atomreaktors wurden vor 2 Jahren die Klassenstärken an Bayerns Schulen heraufgesetzt. Die dadurch ausgelöste Forderung der Landeselternschaft und der Lehrerverbände nach einer Höchstzahl von 25 Schülern pro Klasse bezeichnete der Minister als "völlig illusorisch", weil die Kosten hierfür sich in einer Größenordnung zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Mark bewegen würden. Mit den Investitions- und Betriebskosten für FRM-2 nach derzeitigem Stand könnte das Staatsministerium allerdings 1000 Lehrer mindestens 5 Jahre lang bezahlen. Kinder sind zwar (laut Bayerischer Verfassung) "das köstlichste Gut eines Volkes", Schulen dagegen keine nationalen Prestigeobjekte.

6. Im Falle eines nicht beherrschbaren Störfalles ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Norden Münchens mit den Mitteln des Katastrophenschutzes nicht möglich.

7. Teure Forschungsprojekte werden Politikern und Öffentlichkeit gerne mit dem Hinweis nahegebracht, sie dienten der Krebsforschung und der Krebstherapie. Aufwand und mögliche Anwendung klaffen aber oft weit auseinander, – so auch beim Garching Reaktor. Selbst wenn es gelänge, mit Neutronen aus der Atomkernspaltung einige Krebsarten besser zu behandeln als mit dem bereits vorhandenen therapeutischen Arsenal, so könnte diese teure und komplizierte Anlage niemals zur Therapie einer "Volksseuche" herangezogen werden, zu der die Krebskrankheit mehr und mehr wird, – teils als Tribut für unser Älterwerden, teils als Folge der fortschreitenden Umweltverschmutzung. Stattdessen wird – unter dem Vorwand, Krebs heilen zu wollen, – das krebserzeugende Potential in unserem Lebensraum vermehrt.

Der Ausschuß "Umwelt und Gesundheit" bezweifelt, ob die von den Antragstellern angeführten Projekte zur Forschung mit Neutronen die finanzielle Belastung der Gesellschaft und die gesundheitlichen Risiken rechtfertigen. Er warnt vor einem Neubau des Garching Atomreaktors und bittet die Bayerische Staatsregierung, die Planungen zum FRM-2 einzustellen.

München, den 9. Dezember 1993

für den Ausschuß "Umwelt und Gesundheit"
des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbandes München

Dr. med. Hermann Gloning, Vorsitzender des Ausschusses

Professor Dr. med. Hans-Peter Emslander, stellv. Vorsitzender

Professor Dr. med. Roland Scholz, stellv. Vorsitzender